

León Valencia, Politologe, Kommentator und Vorsitzender der Stiftung „Frieden und Versöhnung“ analysiert für SEMANA, warum die Befürworter des Friedensabkommens mit der FARC sich Illusionen hingaben, als sie hofften, die Neinsager überzeugen zu können. Valencia war früher Mitglied der Guerrillabewegung ELN.

An alle, die von der großen nationalen Einigung träumten

26.11.2016

Es ist nicht so, dass der im Theater Colon unterschriebene Friedensvertrag besser ist als der von Cartagena, und er hat auch nicht mehr politischen Rückhalt als jener. Ich weiß, es klingt roh und unsympathisch, wenn ich das sage. Aber denkt man an die Zukunft, um das Vereinbarte zu schützen, dann ist es besser, die Realität so zu akzeptieren wie sie ist.

Diejenigen, die glaubten, es sei möglich, die Unterschrift Uribes (Expräsident, Hauptgegner des Vertrages, A.d.Ü.) unter einem Friedensvertrag zu sehen, irrten sich. Und auch diejenigen, die glaubten, mit Uribe ging es vielleicht nicht, jedoch mit Marta Lucía Ramírez (Senatorin, A.d.Ü.) und Pastrana (Expräsident, Vorgänger Uribes im Amt, A.d.Ü.) schon. Weder diese noch andere politische und religiöse Führungspersonlichkeiten besaßen die Größe, zu der sie von den Befürwortern der Friedensverhandlungen aufgefordert worden waren.

Jene, die diese Bitte inbrünstig vortrugen, die an die Großzügigkeit der Anführer des Nein appellierten, zielten weit vorbei an den politischen Interessen derer, die sich ständig den Verhandlungen in Havanna widersetzen. Auch warfen sie keinen Blick auf die Wahlergebnisse der letzten Jahre.

Die Gruppierung Uribes wächst mit dem Streit um den Frieden und um das Präsidentenamt. Darin sind sie stark. Da verfügen sie über eine Wählerschaft, die nur stimuliert und aufgeweckt werden muss. Ich wiederhole Zahlen. Ihre Fraktion im Kongress macht 14% aus. Sie stellen ganze 56 von 1121 Bürgermeister. In lokalen Debatten tauchen sie nicht auf, noch verfügen sie über genügend politische Akteure und Ideen. Dagegen siegten sie beim ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen 2014, und fast hätten sie die Stichwahl gewonnen. Später siegten sie bei der Volksabstimmung in der Mehrheit der Kommunen, in denen sie schon bei der Präsidentschaftswahl vorn gelegen hatten. Zudem haben sie eine große Zermürbung von Santos und seiner Regierung bewirkt durch eine wilde Oppositionsarbeit.

Sehr Blauäugige glaubten, Uribe werde die Opposition abschwächen, die für ihn vorteilhafte Diskussion über den Frieden beenden und der amtierenden Regierung seine Unterschrift schenken, die dann in den Nachkonflikt einsteigen könnte. Nichts davon ist passiert. In Gesprächen mit Regierungsvertretern oder Abgeordneten verschiedener Parteien habe ich ihnen dies immer wieder vorausgesagt.

Santos musste natürlich in Verhandlungen mit Uribe und seinen Verbündeten eintreten, denn er hatte nach dem Ausgang des Plebiszits keine andere Wahl. Uribe, stur wie immer, schlug eine große nationale Einigung vor, nahm an Verhandlungen teil mit dem einzigen Ziel, Änderungen am Text von Havanna zu erreichen, um danach mit irgendeinem Vorwand aus dem Prozess auszusteigen und seine Kritik zu verstärken mit Blick auf die Wahlen 2018.

Dieser Schachzug glückte perfekt. In den Gesprächen mit den Führern des Nein zog man dem Vertrag ein paar Zähne hinsichtlich der Agrarreform, der Wirkung der Übergangsjustiz, dem Schutz der Frauen und sexueller Minderheiten. Und Uribe erklärte sehr selbstgefällig, die Änderungen gefielen ihm nicht, legte erneut Widerspruch ein und propagierte ein neues Referendum, um auch den neuen Vertrag zu Fall zu bringen. Regierung und FARC standen als Sünder da und ohne die Genderfrage. Der Disput wird auf der Bühne des Kongresses weitergehen über die Verabschiedung und die Umsetzung, und dort werden die Uribisten und der eine oder andere Verbündete, den sie in den

verschiedenen Fraktionen finden werden, ähnliche Strategien anwenden, um die Abmachungen zu modifizieren, ohne sich jedoch auf den Friedensprozess und die entsprechende Umsetzung im Nachkonflikt zu verpflichten. Wir werden sehen, ob auch hier diese Manöver Ergebnisse zeitigen werden.

Aber die wichtigste Schlacht wird in den Straßen und den Dörfern des Landes stattfinden. Wenn die Kräfte des Friedens schlafen, dann wird eine wachsende Mobilisierung zugunsten eines neuen Referendums stattfinden, die zwar wenig Chancen hat, im Kongress angenommen zu werden, die sich jedoch in ein wirksames Vorspiel zur Präsidentschaftswahl verwandeln wird. Den Befürwortern des Friedensvertrages bleibt dann kein anderes Mittel, als an die Bürgerversammlungen und andere Gremien der Bürgerbeteiligung zu appellieren, ihre gesellschaftliche und politische Unterstützung des Verhandlungsfriedens zu verstärken.

Und dann kommt das Grundsätzliche, das Entscheidende: Der Disput im Kongress und die Wahl 2018. Jetzt wurde aller Welt gezeigt, dass es keine unumkämpfte juristische Absicherung gibt, dass dieser Fall ein politischer ist, und wenn es keine Mehrheiten zur Unterstützung des Friedensprojekts und der vereinbarten Reformen gibt, wird die Qualität dieses Friedens zweifelhaft. Es wird nicht einfach sein, den Uribismus zu besiegen und solche Mehrheiten zu organisieren, vor allem bei den Präsidentschaftswahlen. Die Anhänger Uribes und ihre Verbündeten verfügen momentan über zwei große Vorteile: Angesichts des Ergebnisses der Volksabstimmung können sie sicher sein, in die Stichwahl zu kommen, und außerdem sind sie eine homogene Kraft, angeführt von einem unumstrittenen Führer. Im Unterschied dazu besteht die Koalition der Befürworter des Friedensvertrages aus einem Amalgam von politischen Strömungen und Persönlichkeiten, das von der rechten Mitte bis zu der extremen Linken reicht.

Von daher sollte man die Idee der Suche nach einer breiten, diversen, aber stabilen Koalition nicht abtun, um Garantien für die Nachkonfliktzeit und die Aussöhnung geben zu können. Oder in der Terminologie von Timochenko: Die Vorstellung von einer Übergangsregierung, die aus den Wahlen 2018 hervorgeht, die aber bereits heute ein paar konkrete Aussagen erkennen ließe. Wenn nämlich im ersten Wahlgang 2018 durch die Aufsplitterung der Kandidaturen ein schwacher Vertreter der Befürworter des Friedensabkommens in den zweiten Wahlgang kommen sollte, dann wäre die Rückkehr Uribes an die Macht garantiert.